

DASEINSVORSORGE – STAATLICHE NOTWENDIGKEIT ODER ALIBI FÜR WENIGER WETTBEWERB? *Thomas Höpfl*

Der Begriff „Daseinsvorsorge“ umfasst staatliche Leistungen unterschiedlichster Art. Die in diesem Bereich geplanten oder bereits durchgeführten Reformen zielen auf Liberalisierungs-, Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen. Dienstleistungen und wirtschaftliche Tätigkeiten in den Bereichen Energieversorgung (Gas, Strom), Wasserver- bzw. -entsorgung, Personennahverkehr, Bahn, Post usw. werden entstrukturiert und noch wenig erprobten neoliberalen Wettbewerbsbestrebungen unterworfen.

Auch auf den Gebieten Gesundheit, Bildung und Sozialwesen wird es den betroffenen Kostenträgern schwer gemacht mit ihren Leistungen übergeordnete politische und soziale Ziele zu erreichen. Es müssen daher in Österreich erreichte Standards gewahrt bleiben. Es muss aufgezeigt werden, warum die für alle Lebensbereiche wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge unter reinen Wettbewerbsbedingungen nicht oder nur unzureichend erfüllt werden können. Es gibt genügend Beispiele, dass nach Privatisierungen weder Preisvorteile noch höhere Versorgungssicherheit für die Kunden erreicht wurden.

Bei der Bewertung einer Dienstleistung oder eines anderen öffentlichen Gutes wird immer zu sehr auf die Kostenseite und zu wenig auf Unterschiede in der Qualität, der Erreichbarkeit, des Zusatznutzens (positive externe Effekte) und der sozialen bzw. umweltbezogenen Verträglichkeit geachtet. Durch sinnvoll verstandenes Benchmarking könnte gezeigt werden, dass es sich lohnen kann in vollkommen unterschiedlichen kommunalen oder regionalen Aufgabenbereichen Schwerpunkte zu setzen.

Von Privatunternehmern, Interessensgruppen und verschiedenen Wirtschaftsberatern wird in der Öffentlichkeit ein negatives Image von regionalen und kommunalen Dienstleistern hergestellt. Dieses Bild entspricht aber schon lange nicht mehr der Wirklichkeit. Hingegen werden von Städte-,

KURZFASSUNG**DASEINSVORSORGE –
STAATLICHE NOTWENDIGKEIT ODER
ALIBI FÜR WENIGER WETTBEWERB? *Thomas Höpfl***

Gemeindebünden und Regionalverwaltungen die unerprobten EU-Konzepte zur weiteren Liberalisierung von öffentlichen Versorgungsunternehmen mit größter Besorgnis registriert.